



**BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
JOACHIM UNTERLÄNDER**

Stv. Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit
Sozialpolitischer Sprecher
Vorsitzender der CSU-Familienkommission
Beauftragter für Fragen der katholischen Kirche der CSU-Fraktion

Joachim Unterländer • Grashofstraße 79 • 80995 München

**CSU-Sozial- und Gesundheits-
politiker MdL Joachim Unterländer
fordert mit Stufenkonzept die
schnellstmögliche Verankerung
von fest angestellten Ärzten in
Pflegeheimen**

Maximilianeum
81627 München
Telefon (089) 4126-2320

Grashofstraße 79
80995 München
E-Mail: JUnterlaender@t-online.de
Internet: www.Joachim-Unterlaender.de

24.02.2009

Bürgerbüro
Joseph-Seifried-Straße 8
80995 München
Telefon (089) 150 70 49
Telefax (089) 313 68 97

Der Vorsitzende des Arbeitskreises für Soziales, Familie und Arbeit und sozialpolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion fordert im Rahmen eines Stufenkonzeptes die verstärkte Festanstellung von Ärzten in Pflegeheimen.

Mit der von den frei gemeinnützigen Trägern der stationären Altenhilfe offenbarten teilweisen Verweigerung von ärztlichen Besuchen in Heimen muss die dringend erforderliche Diskussion über die generelle medizinische Versorgung in den stationären Pflegeeinrichtungen wieder intensiviert werden.

MdL Joachim Unterländer sieht in den Erfahrungen in der Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt in der Gravelottestraße und im breiteren Rahmen in Berlin beispielgebende Ansätze, denen sich Kassenärztliche Vereinigung und Kassen nicht verweigern dürfen.

Die wirksame Hilfe für die pflegebedürftigen Patienten in den stationären Einrichtungen ergibt sich aus einer Festanstellung von Ärzten in Pflegeheimen.

Die Zahlen in Berlin und im AWO-Heim in München sprechen für sich:

- In rund 40 von 230 Pflegeeinrichtungen, die sich mit Ärzten als festen Vertragspartnern vereinbart haben, ist die Qualität der hausärztlichen Versorgung erheblich gestiegen. 92 % der Bewohner zeigten sich mit dieser Regelung zufrieden, während es in den anderen Heimen nur 53 % waren. In diesen Einrichtungen sind zum Teil 30 und mehr verschiedene Hausärzte tätig.
- Während die Pflegekassen in einem typischen Berliner Heim im Jahr 2005 im Schnitt 78 Kliniküberweisungen pro 100 Bewohner registrierten, lag die Quote in Einrichtungen mit Ärzten im Pflegeheim bei durchschnittlich 35 %.
- In München konnten durch den Arzt im Pflegeheim 200.000,00 Euro im Jahr für Krankentransporte und Klinikaufenthalte der Patienten eingespart werden. Auch der Medikamentenverbrauch der Heimbewohner ist nachweislich gesunken.

Der Münchner Versuch, der auch von der Kassenärztlichen Vereinigung mitunterstützt wird, muss schnellstmöglich ausgedehnt werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Qualität und Versorgungssicherheit nicht gewährleistet werden können.

Notwendig ist eine Initiative, die auf zwei Stufen basiert:

1. Stufe: Bayerisches Modell erheblich ausdehnen

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns und die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände in Bayern werden aufgefordert, dieses Modell in bayerischen Pflegeheimen, soweit es entsprechende Angebote von Ärzten gibt und eine Bereitschaft der Heime vorliegt, verstärkt zu installieren.

2. Stufe: Bundesgesetzliche Initiative

Es muss im SGB V eine rechtliche Verankerung des Arztes im Pflegeheim erfolgen.

Bei der Konzeption sind folgende Bedingungen zu erfüllen:

- Die Regelung sowohl im Zuge der vertraglichen Vereinbarung als auch der nachfolgenden gesetzlichen Verankerung muss immer die Freiwilligkeit zum Ziel haben.
- Das Ziel einer Wahlfreiheit bei der ärztlichen Versorgung für die Bewohner in den Einrichtungen darf nicht ausgeschlossen werden.
- Die Regelung sollte im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) erfolgen, weil im Bereich der gesetzlichen Pflegeversicherung (SGV IX) entsprechende finanzielle Spielräume nicht zuletzt wegen gedeckelter Pflegesatzvereinbarungen nicht möglich sind.
- Auch bei der Festanstellung von Ärzten in Heimen muss begleitend eine Qualitätssicherung erfolgen. Diese ist von den Kostenträgern und der Kassenärztlichen Vereinigung zu initiieren.

Dieser Vorschlag richtet sich mit dieser Konzeption an das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Bereich Pflege), das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (gesetzliche Krankenversicherung), die Kassenärztliche Vereinigung Bayern und die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen- und Pflegekassenverbände in Bayern

Joachim Unterländer, MdL
Sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion